

**DIE LINKE Fraktion** Zollernstraße 16 52070 Aachen

**Fraktion DIE LINKE im StädteRegionstag**  
Zollernstraße 16  
52070 Aachen

Tel.: 0241 5198 3305  
FAX: 0241 5198 2398

E-Mail: [dielinke-fraktion@staedteregion-aachen.de](mailto:dielinke-fraktion@staedteregion-aachen.de)  
[www.dielinke-staedteregionstag.de](http://www.dielinke-staedteregionstag.de)

Büro: Zimmer E 188

**Aachen, den 13. Januar 2015**

**Pressemitteilung „Krankenhäuser sind keine Fabriken! Der Druck muss aus den Krankenhäusern raus!“**

Die Berichterstattung der letzten Wochen zur Lage der Krankenhäuser in der Region trifft den Lebensnerv aller (vgl. „Krankenhäuser in der Region schreiben rote Zahlen“, AZ/AN 22.12.2014). Denn jeder nimmt wenigstens einmal im Jahr das Gesundheitssystem in Anspruch.

Die Finanzierungslücke bei Krankenhäusern nimmt auch in der Städteregion inzwischen bedrohliche Ausmaße an. Patientinnen fragen unter anderem besorgt: Wird die Sinnhaftigkeit von Behandlungen noch hinterfragt, wenn sie sich „fürs Haus“ rechnen, fasst Helga Ebel, gesundheitspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Städteregionstag, das Ergebnis von vielen Beratungsanlässen zusammen.

Massiv gestiegene Wasser-, Abwasser-, Energiekosten, nicht gezahlte Investitionen von Land und Bund sowie Konkurrenzdruck treiben Krankenhäuser dazu, sich wie Wirtschaftsunternehmen zu verhalten. Personalstellen werden abgebaut, Pflegekräfte versorgen immer mehr PatientInnen. Das Personal arbeitet unter stark belastenden Bedingungen, die z. T. zu alarmierenden Krankenständen führen. In allen Einrichtungen der medizinischen Versorgung, Pflege und Betreuung sind schwerwiegende Folgen der betriebenen finanziellen Krise spürbar. Es ist nicht ein hausgemachtes Problem einzelner Einrichtungen in der Städteregion, nicht ein Ergebnis von Managementfehlern und schon gar nicht Ausdruck individueller Fehler des Krankenhauspersonals. Ursache und Ausmaß der Probleme haben Landes- und Bundespolitik zu verantworten. Mit großer Sorge fragen KommunalpolitikerInnen: Werden Krankenhäuser gewollt ausgeblutet? „Muss sich ein Krankenhaus eigentlich rechnen? Schulen, Kindergärten sowie andere Einrichtungen staatlicher Daseinsvorsorge können und müssen das auch nicht“, stellt Fraktionsgeschäftsführer Harald Siepmann fest. Besonders betroffen ist das Medizinische Zentrum in Würselen als einziges kommunales Krankenhaus in der Städteregion. Seine Zwecksetzung „...Aufgabenerfüllung im öffentlichen Interesse als nichtwirtschaftlich zulässige Betätigung.“ kann auf Dauer nur mit breiter Unterstützung der BürgerInnen durchgehalten werden.

Bei der von der Bertelsmann-Stiftung entwickelten Patientenbefragung (AZ 09.12.2014) stehen Patienten nur scheinbar als autonome Nutzer des Gesundheitswesens im Mittelpunkt. Tatsächlich werden mit solchen Patientenbefragungen eher Konkurrenzdruck und Verdrängungswettbewerb noch befeuert. „Dennoch findet marktformiger Umbau unseres Krankenhauswesens zu Lasten der PatientInnen, ÄrztInnen und Pflegekräfte nicht die Zustimmung der Bevölkerung in der Städteregion“, betont Uwe Löhr, Vorsitzender der Fraktion.

Stellvertreterin Marika Jungblut ergänzt: „Die Bevölkerung interessiert vielmehr, ob die Versorgung überall bedarfsgerecht ist, geeignetes Personal vorhanden ist, Informationen überprüfbar sind“. DIE LINKE fordert eine öffentliche Debatte und sieht Handlungsbedarf bei der Politik für verantwortbare Krankenhausentwicklung der nächsten fünf bis zehn Jahre mit guter Gesundheitsversorgung für alle in der Städteregion. Ein entsprechender Antrag an den Ausschuss für Soziales und Gesundheit am 4. März ist jetzt gestellt worden.